Abend-Ausgabe. Nr. 176 Donnerstag, 15. April 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 50,96 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 5: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Reichseinheitsdienstplan für die HJ

Festlegung der wöchentlichen Dienstanforderungen

Berlin, 15. April.

Auf der Führertagung des Gebietes Mittelelbe in Magdeburg gab am Mittwoch der Stabsführer der Reichsjugendführung, Hartmann Lauterbacher, vor 5000 Führern der HJ und Führerinnen des BDM erstmals bekannt, daß in Kürze von der Reichsjugendführung ein allgemeiner Dienst- und Arbeitsplan für die gesamte Hitlerjugend herausgegeben werde. Dieser Arbeitsplan sei als Rahmendienstplan zu verstehen und gebe den Eltern in gleicher Weise wie den HJ-Führern und den Hitlerjungen Ueberblick über die Beanspruchung durch die HJ-Arbeit.

Wie der Reichsjugendpressedienst ergänzend erfährt, ist es angesichts des immer noch bestehenden Heim- und Sportplatzmangels natürlich nicht möglich, jeden Dienst auf den Tag und die Stunde genau zu bestimmen. Wohl aber kann die Dienstverteilung als solche festgelegt werden. Der neue Arbeitsplan ist deshalb nicht starr, sondern vielmehr ein Rahmenplan, der die wöchentlichen Dienstanforderungen für alle Gliederungen der nationalsozialistischen Jugendbewegung enthält. Der immer umfangreicher werdende Dienst in der HJ macht eine solche Regelung notwendig, die sicher besonders von der Elternschaft freudig begrüßt wird. Der Dienstplan enthält die Höchstanforderungen für den Hitler- oder Jungvolk-Jungen bzw. das BDM- oder Jungmädel, sowie für die Sonderformationen der HJ. An Führer und Führerinnen werden je nach dem Arbeitsbereich größere Anforderungen gestellt werden müssen.

Für die HJ und den BDM sieht dieser Plan u. a. wöchentlich einen Heimabend vor, sowie einen Abend für die Grundschule der Leibesübungen. Ein weiterer Abend ist für den freiwilligen Leistungssport freigehalten. Jungvolk und Jungmädelbund haben entsprechende Nachmittage belegt. Demnach gibt es insgesamt wöchentlich zwei Pflichtabende bzw. Pflichtnachmittage. Zwei Sonntage werden außerdem für den Dienst im Sommer, ein Sonntag für den Dienst im Winter bestimmt. Beim Sonntagsdienst wird entsprechend der nach der Verkündung des Gesetzes vom 1. Dezember 1936 erfolgten Erklärung des Reichsjugendführers Zeit zum Kirchgang freigehalten. Für Führer und Führerinnen sind außerdem Wochenendlehrgänge zur Schulung vorgesehen.

„Admiral Graf Spee" fährt nach Spithead

London, 15. April.

Wie die englische Admiralität mitteilt, werden insgesamt 17 ausländische Staaten je ein Kriegsschiff zu der großen Krönungsflottenparade entsenden, die am 20. Mai bei Spithead stattfindet. Deutschland wird durch das Panzerschiff „Admiral Graf Spee" vertreten sein. Das größte ausländische Kriegsschiff wird das argentinische Schlachtschiff „Moreno" sein, das eine Wasserverdrängung von 27 940 Tonnen besitzt. Die Vereinigten Staaten werden das Schlachtschiff „New York" (27 000 Tonnen), Frankreich das Großkampfschiff „Dunkerque" (26 500 Tonnen) und Japan den Kreuzer „Aschigara" entsenden.

Neue Wiener Ausfälle gegen das Reich

Berlin, 15. April.

Das Deutsche Nachrichtenbüro teilt mit:

Ein Wiener Blatt ist noch einmal auf die Angelegenheit der Kranzniederlegung zurückgekommen und ergeht sich dabei wieder einmal in der üblichen Art in Ausfällen. Diese sind deshalb verwunderlich, weil das Deutsche Nachrichtenbüro eine Erklärung abgegeben hat, die als loyale Erledigung der Angelegenheit zu betrachten war. Die Haltung der Zeitung muß um so mehr bedauert werden, als in dieser Erklärung zum Ausdruck gekommen war, daß das DNB die Beschuldigungen gegen die österreichischen Behörden, nachdem die Sachlage auf Grund gemeinsamer Aussprachen klargestellt worden war, ausdrücklich fallengelassen hatte. Wir beabsichtigen nicht, uns auf das Niveau dieser Veröffentlichung zu begeben, und schließen die Diskussion.

Kommunisten überfallen englische Faschisten

Blutige Zusammenstöße im Londoner Ostend – Brennende Fackeln gegen Läden und Häuser

London, 15. April.

Im Stadtviertel White Chapel im Londoner Ostend wurden am Mittwochabend mehrere englische Faschisten von einer kommunistischen Bande überfallen. Es kam zu einem blutigen Handgemenge, in dessen Verlauf mehrere Personen verletzt wurden. Die Kommunisten gingen auch gegen die eingreifende Polizei vor, wobei ein Schutzmann durch ein Metallstück im Gesicht verletzt wurde. Mehrere Personen schleuderten brennende Fackeln gegen die Läden und Häuser, worauf die Bewohner die Wohnungen verbarrikadierten und Eimer mit Wasser aus den oberen Stockwerken schütteten, um die Flammen zu löschen. Der Verkehr ruhte eine Zeitlang völlig, und die Ordnung konnte erst wieder hergestellt werden, als berittene Polizei die Straßen räumte. Sechs Kommunisten wurden verhaftet.

Gandhi droht mit „physischem Druck"

London, 15. April.

Gandhi hat sich in einem Schreiben an die „Times" erneut zum indischen Verfassungkonflikt geäußert. Er hält an seinem bisherigen Standpunkt fest, daß die Kongreßpartei die Uebernahme der Regierung ablehnen müsse, wenn es nicht vorher zu einer Verständigung über die Sondervollmachten der Gouverneure gekommen sei. „Ich ziehe", so erklärt Gandhi, „den gegenwärtigen ehrenvollen Stillstand unehrenhaften täglichen Fehden zwischen der Kongreßpartei und den Gouverneuren vor. In dem von der britischen Regierung beabsichtigten Sinne scheint mir die Durchführung des Indiengesetzes durch die Kongreßpartei unmöglich zu sein." Gandhi sagt schließlich, er glaube, daß die britisch-indische Regierung ebenso durch einen moralischen wie durch einen physischen Druck „bekehrt" werden könne.

Neuer Aufteilungsplan für Palästina

Jerusalem, 15. April.

Bekanntlich haben außer Juden auch Araber die kürzlich durch die Londoner Presse mitgeteilten Aufteilungspläne Palästinas durch Kantonisierung scharf abgelehnt. Ein neuer, ebenso von der Londoner Presse wiedergegebener Lösungsvorschlag findet größere Bereitschaft besonders bei einer führenden Araberpartei. Nach diesem Plan soll unter Aufrechterhaltung der äußeren Einheit Palästinas das Land in mehrere Provinzen aufgeteilt werden. Jede dieser Provinzen soll sich selbst verwalten und auch über die Einwanderung und Bodenpolitik selbständig beschließen. Sowohl in arabischen wie jüdischen Provinzen würden jeweils die ansässig bleibenden Minderheiten in der Provinzialverwaltung mit vertreten sein. Die Einbeziehung Transjordaniens in diese Neuregelung sei nicht ausgeschlossen.

Streikende Frauen besetzen eine Fabrik

Neuyork, 15. April.

In Detroit mußten über 800 Polizeibeamte 150 Sitzstreiker, von denen die meisten Frauen waren, gewaltsam aus einer Fabrik herausholen. Die Frauen hatten, aufgewiegelt von kommunistischen Hetzern, und nicht eingedenk des Schadens, den sie sich selbst und ihrer Familie zufügten, die Fabrikeingänge verbarrikadiert und bewarfen die Polizei mit Bleigewichten und sonstigen Wurfgeschossen. Nach halbstündigem Kampf mußten die Sitzstreiker den Tränengasbomben der Polizei weichen und die Fabrik räumen. Die wenigen in der Fabrik anwesenden Männer wurden dem Gefängnis zugeführt.

Streik verursacht Kabinettskrise

London, 15. April.

Wie aus Montreal gemeldet wird, hat der Streik in den General Motors-Werken in Oshawa eine ernstliche Spaltung im Kabinett des kanadischen Staates Ontario verursacht. Der Arbeitsminister und der Generalstaatsanwalt, die gegen die vom Ministerpräsidenten Hepburn angekündigten scharfen Maßnahmen zur Streikbekämpfung protestierten, traten am Mittwoch von ihrem Posten zurück. Ihr Rücktritt hat das Gerücht veranlaßt, daß die gesamte Regierung den Abschied einreichen werde, so daß Neuwahlen ausgeschrieben werden müßten.

Brandstiftung auf englischem Dampfer

London, 15. April.

Auf dem 3000-Tonnen-Dampfer „Montreal City" brach am Mittwoch aus ungeklärter Ursache Feuer aus, als das Schiff im Dock von Bristol seine Ladung löschte. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet, da Sabotage vermutet wird. Im Vorschiff war der Boden mit Paraffin und Farbe begossen worden, so daß das Feuer sich rasch ausbreiten konnte. Der Brand konnte noch rechtzeitig gelöscht werden, bevor er die aus Oel bestehende Ladung erreichte.

USA-Flottenaufrüstung verzögert

Washington, 15. April.

Das Marinedepartement gab am Mittwoch bekannt, daß die Fertigstellung von 46 der insgesamt 58 im Bau befindlichen Kriegsschiffe um einen Monat bis zu einem Jahre hinter dem vertragsmäßig festgelegten Zeitpunkt zurückbleiben würde. Der Grund der Verzögerung wurde nicht bekanntgegeben.

Mißtrauensantrag der Labour-Party abgelehnt

Eden schließt die Aussprache über die englische Haltung in der Blockadefrage

London, 15. April.

In der gestrigen Unterhausaussprache wurde der Mißtrauensantrag der Labour-Party, der die Regierung wegen ihrer Haltung in der Frage des Schutzes der englischen Schiffahrt vor Bilbao angreift, mit 345 gegen 180 Stimmen abgelehnt.

In der weiteren Aussprache setzten sich die konservativen Abgeordneten Cazalet und Sandys dafür ein, daß England den Bürgerkriegsparteien in Spanien das Recht kriegführender Mächte zugestehe. Für die Opposition griff dann der Labour-Abgeordnete Noel Baker nochmals in die Aussprache ein mit der Behauptung, daß Ministerpräsident Baldwin mit seiner Erklärung am Montag tatsächlich Francos Blockade anerkannt habe.

Für die Regierung antwortete Außenminister Eden. Er unterstrich, daß man Rechte einer kriegführenden Macht nicht nur einer Seite in Spanien zubilligen könnte, sondern entweder beiden Seiten oder keiner. Die Regierung hätte aber eine schwere Verantwortung auf sich geladen, hätte sie hinsichtlich Bilbaos die britische Schiffahrt nicht gewarnt. Britische Schiffahrtskreise teilten auch keineswegs den Unwillen der Opposition, vielmehr hätten sie Verständnis für die Haltung der Regierung. Eden verlas als Beweis hierfür ein Telegramm, das er aus führenden Schiffahrtskreisen erhalten habe. Die Opposition wünsche anscheinend, daß britische Minenräumboote unter dem Schutz der britischen Flotte den Weg nach Bilbao freimachen und die englischen Schiffe in den Hafen von Bilbao führen sollten. Eine derartige Handlung aber würde unvermeidlich als Einmischung ausgelegt werden können.

Der Außenminister kündigte sodann an, daß die Erörterung des Planes der Zurückziehung von Freiwilligen in der nächsten Sitzung des Nichteinmischungsausschusses wieder aufgenommen werden solle. Solange England nicht bereit sei, mit Menschen, Geld und Munition in Spanien einzugreifen, sei die richtige Politik für England die, weiter alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um die Nichteinmischung wirksam zu machen. Es wäre der Höhepunkt an Torheit, wenn England in dieser Zeit einen Schritt unternähme, der den Vorwand dazu liefern könne, das ganze Nichteinmischungsabkommen über den Haufen zu werfen.

Folgen der Blockade von Bilbao

London, 15. April.

Im Zusammenhang mit der Blockade von Bilbao ist es bemerkenswert, daß die englischen Versicherungsgesellschaften in den letzten Tagen die Prämien für die Versicherung von englischen Nahrungsmittelschiffen, die sich nach Spanien begeben, gegen Kriegsgefahr auf 3 v. H. erhöht haben. Wie die „Times" meldet, ist zu befürchten, daß eine Verlängerung der Blockade von Bilbao die Eisen- und Stahlindustrie in Südwales, die normalerweise auf große Eisenlieferungen aus Spanien angewiesen ist, ernstlich in Mitleidenschaft ziehen wird.

Nach einem Bericht aus Bordeaux hat der britische Schlachtkreuzer „Hood", der zur Zeit an der spanischen Nordwestküste patrouilliert, bei den französischen Flottenbehörden in La Pallice bei La Rochelle angefragt, ob er dort vor Anker gehen könne.

Trostlose Zustände in Sowjetspanien

Paris, 15. April.

Nach einer Meldung der französischen Agentur „Radio" ist in Bilbao die Lebensmittelknappheit so groß, daß die Bevölkerung der Verzweiflung nahe ist. Seit zwölf Tagen hätten die bolschewistischen Machthaber keine Lebensmittel mehr ausgegeben. Endlich am Mittwoch sei der Bevölkerung eine kleine Ration ausgehändigt worden, die hauptsächlich in einem Pfund Nudeln und zwei Pfund Reis bestanden habe.

Nach anderen hier eingetroffenen Meldungen ist es infolge der ständig zunehmenden Teuerung der Lebensmittel am Mittwoch in Barcelona, insbesondere in den Industrievororten, zu größeren Zwischenfällen gekommen, über deren Ausmaße allerdings bisher nichts verlautet ist, da die Bolschewisten mit allen Mitteln das Bekanntwerden solcher Unruhen zu unterdrücken versuchen. Die sogenannte „Generalidad" habe wohl oder übel am späten Nachmittag eine Abordnung von Frauen empfangen müssen.